A-04-011-2 Frieden braucht Gleichheit: Für die sofortige Anerkennung des Staates Palästina

Antragsteller*in: Mona Fuchs (KV München)

Änderungsantrag zu A-04

Von Zeile 11 bis 16:
Eine gegenseitig anerkannte und verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ist die Grundlage für Frieden, Sicherheit und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser*innen. Eine Anerkennung eines palästinensischen Staates kann hierzu beitragen, wenn die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind und die verhandelten Ergebnisse durch die Vereinten Nationen und internationale Partner getragen werden.

~~Die Anerkennung Palästinas hingegen trägt durch die Schaffung der nötigen Ebenbürtigkeit beider Konfliktparteien zu einer Friedenslösung im Rahmen der Vereinten Nationen bei. Mit diesem Anliegen soll die deutsche Bundesregierung sich~~ Mit diesem Anliegen soll die deutsche Bundesregierung sich unter oben genannten Bedingungen
den rund 20 Staaten anschließen, die seit 2023 beschlossen haben, Palästina als unabhängigen Staat anzuerkennen – darunter Trinidad und Tobago, Bahamas,

weitere Antragsteller*innen

Florian Döllner (KV München); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christian Haas (KV Regensburg-Stadt); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Severin Kistner (KV Starnberg); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Liam Harrold (KV Hannover); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Ursula Harper (KV München); Michael Joukov (KV Ulm); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Reinhard Gloggengiesser (KV München); Paul Meyer-Dunker (KV Berlin-Lichtenberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Stephan Fritsch (KV Nürnberg-Stadt); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Leon Eckert (KV Freising); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.